

April

2023

# SOVD *Magazin*

*Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland*



**Reform auf Kosten der Versicherten  
Pflegeversicherung erhält keine Steuergelder**



## Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein.



Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer der zahlreichen Ortsverbände befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit ca. 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

## Reform ohne Steuergelder

Die Bundesregierung will die Pflegeversicherung reformieren. Bezahlen sollen das jedoch allein die Versicherten.

Seite 10–17



## Zugriff auf Gesundheitsdaten

Die elektronische Patientenakte soll eine schnellere und bessere Versorgung ermöglichen. Führt an ihr schon bald kein Weg mehr vorbei?

Seite 24–29



## Einsamkeit macht krank

Wer niemanden zum Reden hat, fühlt sich allein. Darunter leidet auch die Gesundheit. Doch es gibt Hilfsangebote.

Seite 42–45

Foto Titel: goodluz / Adobe Stock



## Barrierefreiheit umsetzen!

Alle Menschen sollten mit dem Bus oder der Bahn fahren können. Hierfür fordert ein Bündnis mehr Investitionen.

Seite 4–9



## Kritik an „neuer“ Beratung

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) wird zu einer Stiftung. An dieser Lösung übt der SoVD Kritik.

Seite 34–37





**Bündnis fordert Investitionen, damit alle Menschen Bus und Bahn fahren können**

## **Barrierefreiheit jetzt umsetzen!**



Zu einer Konferenz kamen die Verkehrsminister\*innen der 16 Bundesländer Ende März zusammen. Neben dem 49-Euro-Ticket standen auch Hilfen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf der Tagesordnung. Hierzu forderte das Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende, an dem auch der SoVD beteiligt ist, Barrierefreiheit im ÖPNV endlich flächendeckend umzusetzen.

Fotos: elypse / Adobe Stock

**Ebenerdige Eingänge ermöglichen allen den Einstieg, Leitsysteme bieten Orientierung – Mobilität könnte so einfach sein.**





Ausgerechnet der oberste Verkehrsminister fehlte bei der Konferenz. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) hatte seine Teilnahme bereits im Vorfeld abgesagt. Dennoch nahm ihn das Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende ebenso in die Pflicht wie auch die politisch Verantwortlichen auf Landesebene. Der Zusammenschluss aus Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden und der Evangelischen Kirche in Deutschland setzt sich für eine inklusive Mobilität ohne Barrieren ein – und das sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Regionen.

**Ein „Ticket für alle“ kommt, doch viele Hürden bleiben**

Zwar wurde bei dem Treffen der Verkehrsverantwortlichen auch

Fotos: elypse / Adobe Stock

über das 49-Euro-Ticket diskutiert. Eine solche Monatskarte zum einheitlichen Tarif sei durchaus zu begrüßen. Doch was nützt ein deutschlandweites Ticket, wenn vielen Menschen weiterhin der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln verwehrt bleibt? Das Bündnis kritisiert, dass es noch immer an schwellen- und stufenfreien Zugängen zu allen Bussen, Bahnen und Bahnhöfen fehlt. Auch Stellplätze für Rollstühle und Kinderwagen seien nach wie vor Mangelware. Zudem gebe es nur vereinzelt taktile Blindenleitsysteme – von deutlich wahrnehmbaren Ansagen innerhalb und außerhalb der Fahrzeuge einmal ganz zu schweigen. Nachdrücklich unterstützt das Bündnis daher die Forderung seines Mitgliedsverbandes VdK.





Fotos: xiduu / Adobe Stock

Dieser veranschlagt notwendige Investitionen in Höhe von 15 bis 20 Milliarden Euro, um die notwendige Barrierefreiheit umzusetzen. Dies könne im Rahmen des geplanten Ausbau- und Modernisierungspaktes für den ÖPNV erfolgen.

**Barrierefreiheit definieren, verbindliche Ziele benennen**

Nach Überzeugung des Bündnisses brauche es zudem eine allgemeingültige Definition von Barrierefreiheit sowie konkrete Maßnahmen und verbindliche Kennzahlen, um den Fortschritt zu messen. Bund und Länder müssten zudem die jeweiligen Zuständigkeiten und den Zeitplan der Umsetzung klären. Denn ohne verbindliche Ziele blieben Millionen Menschen weiterhin von selbstbestimmter Mobilität und sozialer Teilhabe ausgeschlossen. Nur mit klaren Leitplanken und entsprechenden Mitteln könne der Ausbau- und Modernisierungspakt zum überfälligen Meilenstein für eine inklusive Mobilität werden.

**Pflegeversicherung erhält keine Steuergelder – höhere Beiträge schon jetzt absehbar**

## Reform auf Kosten der Versicherten

Die Pflegeversicherung steckt finanziell in der Klemme. Verantwortlich dafür sind unter anderem Ausgaben in der Pandemie oder auch Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige. Weil es von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) keine Steuergelder gibt, setzt die Bundesregierung ausschließlich auf höhere Beiträge für die Versicherten. Dagegen kündigte der SoVD Widerstand an.

Fotos: goodluz / Adobe Stock

Die Koalition will zwar die Pflegeversicherung stärken, Steuergelder vom Bund soll es hierfür aber nicht geben.



Fotos: LIGHTFIELD STUDIOS/Adobe Stock

Immerhin: Der Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege bringt im Koalitionsvertrag vereinbarte Verbesserungen auf den Weg. Vorgesehene Zusagen zur Finanzierung dagegen halten die Regierungsparteien nicht ein.

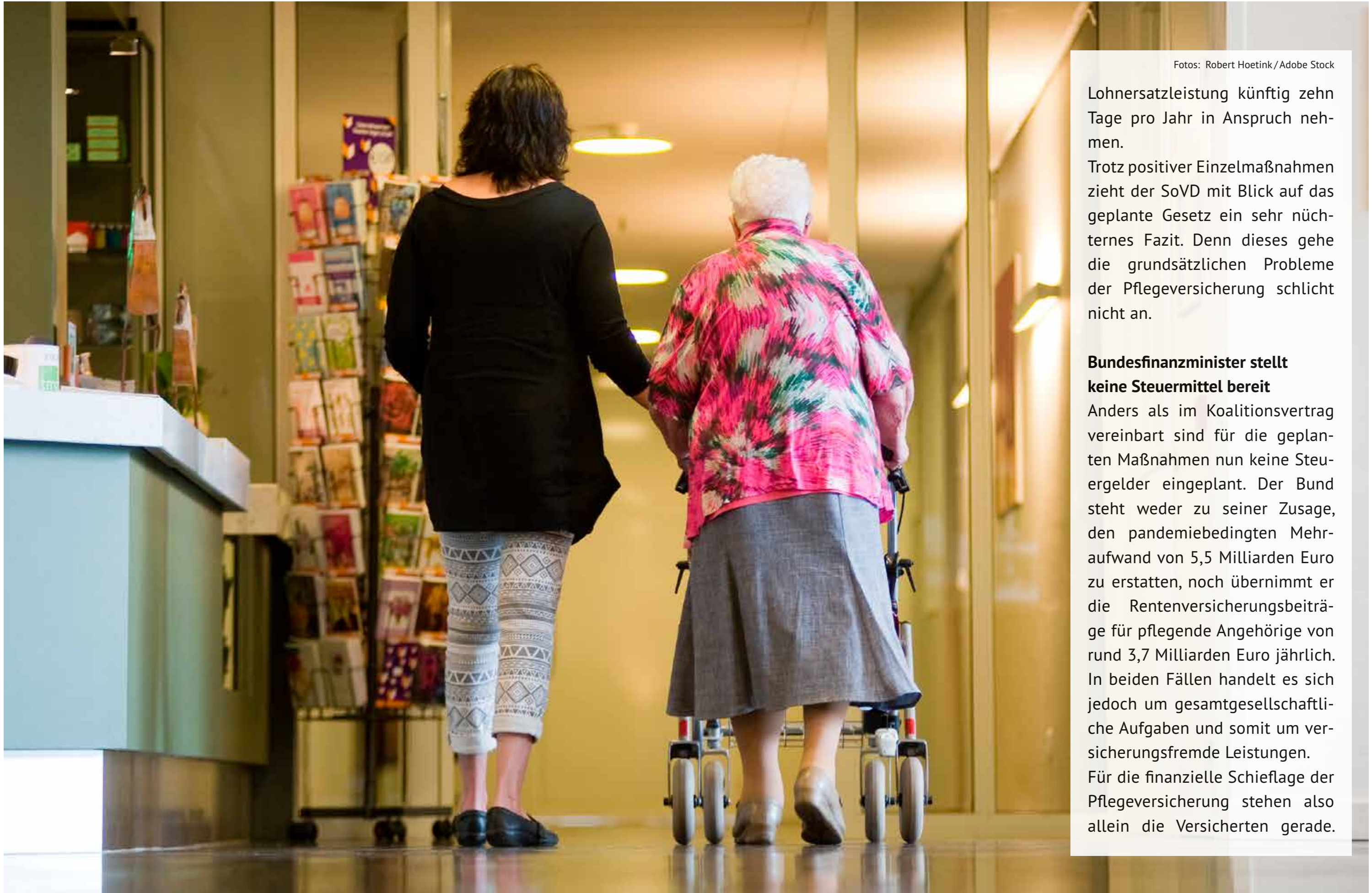
### **Budget für Kurzzeit- und Verhinderungspflege**

Zum Januar des kommenden Jahres steigen die ambulanten Pflegeleistungen um fünf Prozent. Die Zuschüsse zu den Eigenanteilen in der stationären Pflege erhöhen sich sogar um bis zu zehn Prozent. Gleichzeitig fasst der Gesetzentwurf die einzelnen Beträge für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege zu einem Jahresbudget zusammen. Genau das hatte unter anderem der SoVD seit Jahren gefordert.

In einer ersten Einschätzung begrüßte der Sozialverband auch geplante Verbesserungen etwa beim Pflegeunterstützungsgeld. Wer aufgrund einer akut aufgetretenen Pflegesituation der Arbeit fernbleiben muss, kann diese







Fotos: Robert Hoetink / Adobe Stock

Lohnersatzleistung künftig zehn Tage pro Jahr in Anspruch nehmen.

Trotz positiver Einzelmaßnahmen zieht der SoVD mit Blick auf das geplante Gesetz ein sehr nüchternes Fazit. Denn dieses gehe die grundsätzlichen Probleme der Pflegeversicherung schlicht nicht an.

#### **Bundesfinanzminister stellt keine Steuermittel bereit**

Anders als im Koalitionsvertrag vereinbart sind für die geplanten Maßnahmen nun keine Steuergelder eingeplant. Der Bund steht weder zu seiner Zusage, den pandemiebedingten Mehraufwand von 5,5 Milliarden Euro zu erstatten, noch übernimmt er die Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige von rund 3,7 Milliarden Euro jährlich. In beiden Fällen handelt es sich jedoch um gesamtgesellschaftliche Aufgaben und somit um versicherungsfremde Leistungen. Für die finanzielle Schieflage der Pflegeversicherung stehen also allein die Versicherten gerade.



Fotos: Robert Hoetink/Adobe Stock

Sie haften für das strukturelle Defizit und für alle geplanten Verbesserungen mit weiter steigenden Beiträgen.

### **SoVD erinnert Bund und Länder an deren Pflicht**

Bereits zum 1. Juli dieses Jahres steigt der Beitragssatz zur Pflegeversicherung. Doch daran, dass dies mittelfristig Probleme löst, glaubt das Bundesgesundheitsministerium anscheinend selbst nicht. Es möchte den Beitragssatz künftig per Rechtsverordnung am Bundestag vorbei anpassen – weitere Erhöhungen sind programmiert.

Der SoVD hält das für undemokratisch. Er fordert den Bund zur Bereitstellung von Steuermitteln auf und erwartet von den Ländern, dass diese ihrer Pflicht zur Finanzierung der Investitionskosten und der Ausbildungskosten in der Pflege nachkommen.





Inflation hat Erhöhung vom Herbst 2022 aufgefressen

## SoVD fordert 14,13 Euro Mindestlohn

Die Mindestlohnkommission hat ihre Arbeit aufgenommen und berät über die Höhe der Lohnuntergrenze im nächsten Jahr. Für den SoVD ist klar, dass aufgrund der Inflation eine deutliche Erhöhung nötig ist, um Geringverdienende zu entlasten.

Foto: Halfpoint/Adobe Stock

2024 steht die nächste Anpassung des Mindestlohnes an. Das betrifft viele Menschen im Niedriglohnbereich.



Im Oktober 2022 stieg der Mindestlohn in Deutschland von 10,45 auf 12 Euro pro Stunde. Dieser deutliche Sprung ging auf das Mindestlohngesetz zurück. Zugleich wurde festgehalten, dass künftige Anpassungen wieder im gewohnten Modus durch die Mindestlohnkommission bestimmt werden. In dieser sitzen jeweils drei Vertreter\*innen von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden sowie zwei Wissenschaftler. Aufgabe der Kommission ist es, die Höhe der Lohnuntergrenze festzulegen. Als Orientierung dient die Entwicklung der Tariflöhne. Die (halb-)jährlichen Anpassungen betragen in der Vergangenheit zwischen 10 und 60 Cent pro Stunde.

Die starke Erhöhung im Oktober 2022 war also eine Ausnahme. Doch durch die stark gestiegene Inflation hat sie den Menschen keinen großen Gewinn an Kaufkraft gebracht. Nach Einschätzung des SoVD ist deshalb zum Jahreswechsel erneut eine deutliche Anhebung nötig. „Nach einem Jahr Krieg mit den überall spürbaren Folgen und einem Dreivierteljahr,



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

das bis dahin noch vor uns liegt, muss aus unserer Sicht hier die Inflation stärker ausgeglichen werden. Dafür müsste der Mindestlohn nach unseren Berechnungen auf 14,13 Euro steigen“, sagte die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Dies könne auch schrittweise erfolgen. Der SoVD hat seine Einschätzung an die Mindestlohnkommission übergeben, die diese in ihre Arbeit einfließen lässt. Im Sommer gibt sie die künftige Höhe des Mindestlohnes bekannt.



# Jetzt SoVD-Mitglied werden





Elektronische Patientenakte soll schnellere und bessere Versorgung ermöglichen

## Zugriff auf Gesundheitsdaten

Verordnete Medikamente, durchgeführte Operationen, ärztliche Befunde – all diese Informationen lassen sich schon heute in einer elektronischen Patientenakte speichern. Das medizinische Personal wie auch die Patient\*innen selbst können darauf dann jederzeit zugreifen. Bisher nutzt das allerdings nicht einmal ein Prozent der gesetzlich Versicherten. Nach dem Willen von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) soll die E-Akte daher ab Ende kommenden Jahres zum Standard für alle werden.

Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

**Wie ist die Medikation, besteht eine Allergie?  
In einer elektronischen Patientenakte wären  
diese Informationen auf einen Blick verfügbar.**





Foto: WavebreakmediaMicro / Adobe Stock

Viele Menschen kaufen über das Internet ein und buchen Reisen oder verschicken Bilder über ihr Smartphone. Warum also nicht auch digital auf die eigenen Gesundheitsdaten zugreifen und diese mit den behandelnden Personen in Praxen und Kliniken teilen?

#### **Informationen können im Zweifel Leben retten**

Viele Fachleute sind sich darin einig, dass die elektronische Patientenakte (ePA) tatsächlich zu einer schnelleren und besseren Versorgung von Menschen beitragen kann. Der Austausch von Röntgenbildern auf CD und das Faxen von Befunden würden dann der Vergangenheit angehören. Auch käme es weitaus seltener zu doppelten Untersuchungen, weil etwa vorherige Ergebnisse nicht bekannt sind.

Auch der Grünen-Gesundheitsexperte Dr. Janosch Dahmen sieht das so. Er sagte der Deutschen Presse-Agentur, die digitale Patientenakte könne Leben retten, weil sie Ärzt\*innen sofort alle



wichtigen Informationen zur Verfügung stelle. Sie müsse daher zum Standard werden.

### **Gesundheitsdaten sollen auch der Forschung dienen**

Genau das beabsichtigt nun auch das Bundesgesundheitsministerium in Berlin. Dessen oberster Dienstherr will zeitnah ein Digitalgesetz vorlegen, das die ePA bereits Ende 2024 verpflichtend macht. Wer dies für sich nicht in Anspruch nehmen will, müsste der elektronischen Akte aktiv widersprechen.

Bundesminister Lauterbach will mit seiner Initiative gleichzeitig auch unterschiedliche Daten von Patient\*innen zusammenführen und diese pseudonymisiert für Wissenschaft und Industrie verfügbar machen. Das soll künftig die Forschung etwa im Bereich der Krebstherapie voranbringen.

### **Blick auf den Datenschutz bereitet oftmals Sorge**

Dieses Sammeln von Daten und ein befürchteter Kontrollverlust dürften Gründe dafür sein, dass

Foto: makistock / Adobe Stock

viele Menschen in Deutschland der E-Akte noch skeptisch gegenüberstehen. Dahmen warnt daher als Arzt und als Gesundheitspolitiker davor, den Datenschutz und den Schutz der Gesundheit gegeneinander auszuspielen. Er forderte zuletzt einen „nationalen Gesundheitsdatenraum“ und Investitionen in eine digitale Infrastruktur in öffentlicher Hand. Dies solle neben der IT-Sicherheit auch gewährleisten, eine entsprechende Anwendung praktikabel zu machen.

### **Konkrete gesetzliche Regelungen stehen noch aus**

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sicherte zu, dass Versicherte auch mit der elektronischen Patientenakte die Kontrolle über ihre Daten behalten. Der SPD-Politiker wolle hierzu in den nächsten Wochen ein „Gesundheitsdatennutzungsgesetz“ vorlegen. Inwieweit dieses auch Personen berücksichtigt, die weniger technikaffin sind, bleibt abzuwarten.



„Ohrenkuss“ – das Magazin von Menschen mit Down-Syndrom wird 25 Jahre alt

## „Freundschaft macht glücklich“

Haben Sie das fehlende „D“ in der Überschrift entdeckt? Die Botschaft stammt aus der Jubiläumsausgabe der Zeitschrift „Ohrenkuss“. Dort spielen Rechtschreibung und Grammatik keine Rolle. Denn alle Autor\*innen haben das Down-Syndrom. Was sie schreiben, bleibt echt und unverfälscht.



Foto: Michael Bause / [www.ohrenkuss.de](http://www.ohrenkuss.de)

Dem Team von „Ohrenkuss“ liegt unter anderem eine Botschaft am Herzen: „Dass Menschen mit Down-Syndrom klug sind.“



Foto: Katja de Bragança / www.ohrenkuss.de

Als sie beim „Ohrenkuss“ anfang, dachten viele, dass alle Menschen mit Down-Syndrom nicht lesen und schreiben können, berichtet Teresa Knopp. Diese falsche Vorstellung begegne ihr jetzt nicht mehr. Aber dass sie von Unbekannten manchmal geduzt werde, komme noch immer vor und ärgere sie. Teresa Knopp wünscht sich deshalb mehr Aufklärung über das Down-Syndrom.

Bei diesem existiert das Chromosom 21 in aller Regel dreimal statt zweimal. Das Down-Syndrom wird daher auch Trisomie 21 genannt. Es geht mit unterschiedlich ausgeprägten Behinderungen einher. Bereits seit 25 Jahren gibt es den „Ohrenkuss“, im März erschien die Jubiläumsausgabe mit Beiträgen aus zahlreichen europäischen Ländern. Inhaltlich dreht sich in dem aktuellen Heft alles um das Thema Freundschaft. Hierzu schreibt etwa Teresa Knopp: „Freunde zu haben ist ein richtiger Goldschatz, den man nicht direkt finden kann.“





SoVD bezeichnet Gesetz zur UPD als unsolidarisch


## Kritik an der „neuen“ Patientenberatung

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) soll bei Fragen zur Gesundheit weiterhelfen. Diese Aufgabe übernimmt bisher eine Callcenter-Firma. Nun aber will die Politik die UPD neu aufstellen. Das hierzu vom Bundestag verabschiedete Gesetz ist nach Meinung der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier jedoch alles andere als im Interesse der Ratsuchenden.

Foto: contrastwerkstatt/Adobe Stock

Wie unabhängig kann eine von den Krankenkassen finanzierte UPD künftig beraten?





Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) machte vor Kurzem noch einmal den Stellenwert der UPD deutlich. Er sagte: „Die Unabhängige Patientenberatung leistet mit ihrem Informations- und Beratungsangebot einen wichtigen Beitrag, um sich im Gesundheitssystem zurechtzufinden.“ Mit Beginn des kommenden Jahres soll sich die UPD diesen Aufgaben nun als Stiftung bürgerlichen Rechts widmen. So sieht es ein im März verabschiedetes Gesetz vor. Dadurch, so Lauterbach, werde die bisherige Beratungsform in eine staatsferne und unabhängige Struktur überführt. Weit weniger optimistisch sieht dagegen die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier diese Entwicklung. Sie kritisiert den jetzt eingeschlagenen Weg: „Wir sind alarmiert, dass die Patientenorganisationen nicht die Trägerschaft übernehmen, sondern nur mit sieben von 15 Stimmen im Stiftungsrat beteiligt werden sollen. Damit ist nicht garantiert, dass die Beraterverbände überhaupt Beratungsleistungen

Foto: contrastwerkstatt / Adobe Stock

anbieten können.“ Ohne Not werde Engelmeier zufolge dadurch auf die Kompetenzen von Sozialverbänden, Verbraucherzentralen und anderen Organisationen sowie auf ein flächendeckendes Beratungsangebot verzichtet. Um den Aufbau der Stiftung und um deren Finanzierung soll sich der GKV-Spitzenverband kümmern. Dagegen äußerte der SoVD starke Bedenken, da die Krankenkassen oftmals selbst Gegenstand der Beratung sind. Als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sollte die UPD vielmehr aus Steuermitteln finanziert werden.



# Inklusionslauf am 24. Juni 2023



Foto: Denny Brückner



Persönlicher Gesprächstermin in Wohnortnähe

# Rentenversicherung berät zu eigener Vorsorge

Im Alter ist die Haupteinnahme der meisten Menschen in Deutschland die gesetzliche Rente. Sie muss einen angemessenen Lebensstandard sichern. Doch um den vorigen zu halten, reicht sie selten. Die Rentenversicherung berät, wie man individuell vorsorgen kann.

Der Tipp der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund ist, sich nicht ausschließlich auf die gesetzliche Rente zu verlassen, sondern sie mit einem privaten oder betrieblichen Vorsorgebaustein zu ergänzen. Um abzuklären, ob so etwas infrage kommt, können Versicherte kostenlos ein „Altersvorsorgegespräch“ nutzen. Dabei ermitteln Mitarbeitende den aktuellen Vorsorgestand und erklären Vorteile und Risiken der verschiedenen Möglichkeiten. Die Beratungsstellen der DRV, deren Team nach eigener Aussage keine konkreten Produkte empfiehlt, findet man online.



Foto: PiyawatNandeenoparit / Adobe Stock

**Reicht die Rente aus, um auch im Ruhestand den gewohnten Alltag weiter zu bestreiten – oder benötigt die eigene Vorsorge vielleicht doch zusätzliche Bausteine?**



Gesellschaftliches Phänomen muss auch politisch mehr Beachtung finden

# Einsamkeit kann krank machen

Einsamkeit ist ein subjektives Gefühl, das Menschen jeden Alters empfinden können. Betroffene leiden oftmals darunter, dass sie weniger Kontakt zu anderen Menschen haben, als sie sich das wünschen würden. Auf lange Sicht macht das nicht nur unglücklich, sondern sogar krank. Das Kompetenznetz Einsamkeit zeigt mögliche Auswege und listet einige Hilfsangebote auf.

Foto: ReNi / Adobe Stock

Der Mensch ist nicht dafür gemacht, allein zu leben. Fehlt das soziale Umfeld, leiden Betroffene oftmals unbemerkt im Stillen.



Jede zehnte in Deutschland lebende Person fühlt sich oft oder sogar sehr oft einsam. Das ist das Ergebnis aus zahlreichen Umfragen der letzten Jahre. Studien zeigen darüber hinaus, dass sich diese Problematik bei Jung und Alt gleichermaßen durch die Corona-Pandemie verstärkt hat.

**Einsam sind all jene,  
die sich einsam fühlen**

Prof. Dr. Maike Luhmann ist Psychologin und Einsamkeitsforscherin. Sie definiert Einsamkeit als „eine wahrgenommene Diskrepanz zwischen den gewünschten und den tatsächlichen sozialen Beziehungen“. Demnach ist das subjektive Empfinden der beste Maßstab für die Frage, ob man einsam ist oder nicht.

Unabhängig von den oftmals sehr individuellen Ursachen steht fest, dass chronische Einsamkeit in jedem Fall die Lebensqualität senkt. Sie steht zudem im Verdacht, Erkrankungen wie Demenz, Schlafstörungen und Herz-Kreislauf-Probleme zu begünstigen. Das macht Einsamkeit nicht nur

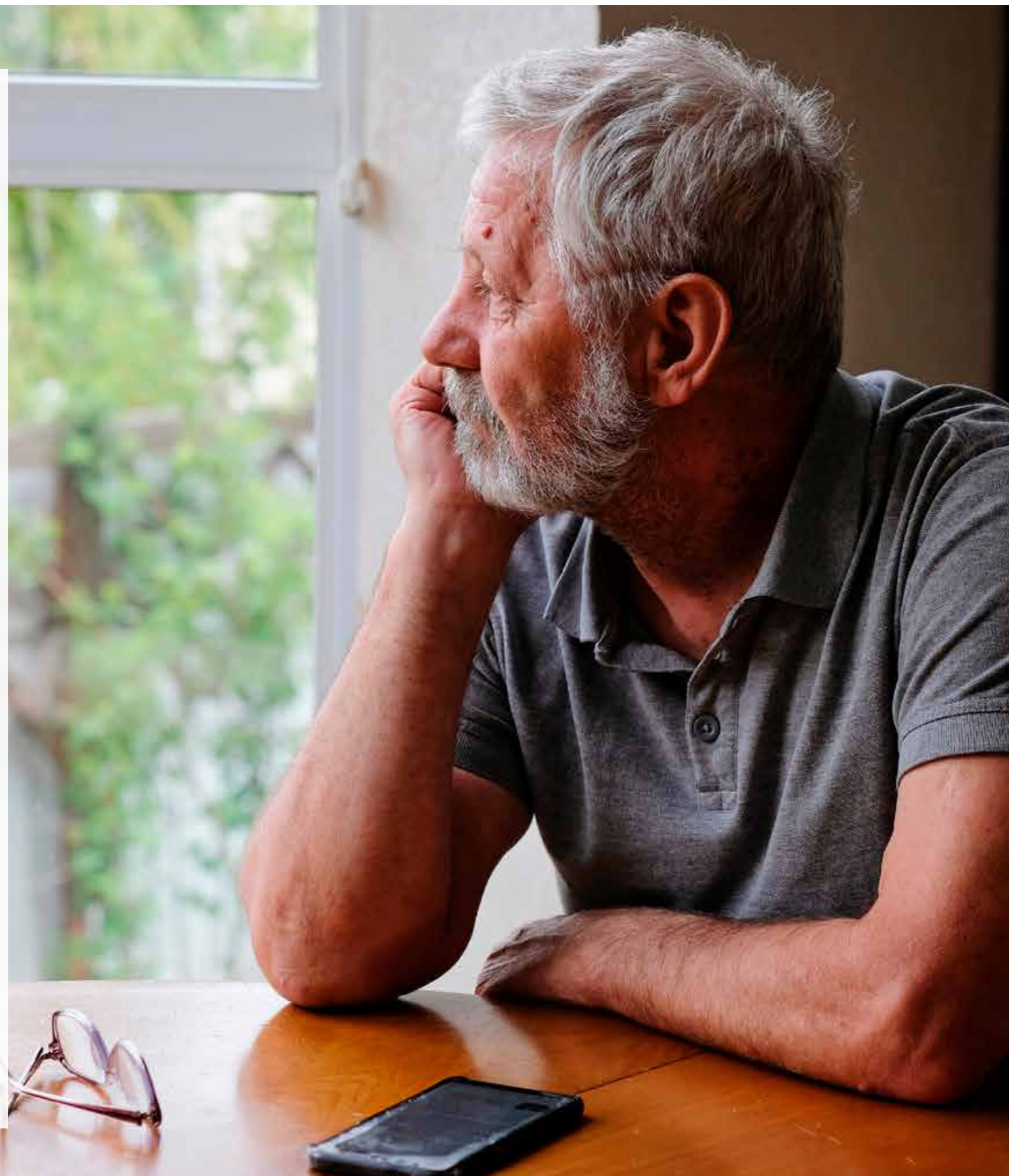


Foto: natus111 / Adobe Stock

zu einem vereinzelt Phänomen, sondern zu einer Aufgabe für die ganze Gesellschaft und für die Politik. Im vergangenen Jahr startete Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) daher einen Beteiligungsprozess, um dem Phänomen Einsamkeit stärker zu begegnen.

**Unabhängig vom Alter:  
Kontaktpflege bleibt wichtig**

An einer Konferenz hierzu nahmen im vergangenen Jahr rund 200 Interessierte und Forschende sowie Vertreter\*innen aus Sozial- und Wohlfahrtsverbänden teil. Dabei zeigte sich, dass es nicht die eine Antwort auf die Linderung empfundenen Leidens gibt. Denn Einsamkeit ist so vielseitig wie die Menschen selbst.

Am wichtigsten aus der Sicht von Forscherin Luhmann ist die Prävention. Gerade Ältere sollten sich, soweit möglich, rechtzeitig ein Netz an Beziehungen und Kontakten aufbauen und erhalten.



Roadmovie mit fünf jungen Menschen – einer tückischen Krankheit auf der Spur

# Mutige „Expedition Depression“


Fünf junge Erwachsene begeben sich auf Spurensuche durch Deutschland. Auf ihrer „Expedition Depression“ erforschen sie eine Krankheit, die auch bei Kindern und Jugendlichen zunimmt – ein Trend, der sich in der Pandemie noch verstärkte. Die besondere Doku hatte Ende Februar in Berlin Premiere.



Foto: sagamedia / DDL / AOK

Zwischen 20 und 35 Jahre alt sind die Hauptpersonen in dem Film der Deutschen Depressionsliga.





Die jungen Leute zwischen 20 und 35, die das Roadmovie von Michaela Kirst und Axel Schmidt begleitet, hatten alle in der Kindheit und Jugend selbst Depressionen und wollen mehr darüber erfahren. Sie suchen Antworten: in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie-Klinik, auf Zeltplätzen, bei einer Alpenwanderung und an einem Sporttherapie-Tag. „Expedition Depression“ dokumentiert ihre eindrückliche Reise. Sie erleben Herausforderungen, Gemeinschaft und Gemeinsamkeiten.

Dahinter steckt eine Selbsthilfe-Patientenorganisation: Der von

Foto: sagamedia/DDL/AOK

Sagamedia produzierte Film ist ein Projekt der Deutschen Depressionsliga e.V. (DDL), finanziell unterstützt vom AOK-Bundesverband. Bewusst nimmt er die Perspektive Betroffener ein. Er soll aufklären und Mut machen, sich Hilfe zu suchen.

„Uns ist es ein großes Anliegen, Menschen mit einer psychischen Erkrankung und betroffene Angehörige aus dem Schatten unserer Gesellschaft zu holen“, so AOK-Vorstandsvorsitzende Dr. Carola Reimann. Über fünf Millionen Menschen in Deutschland leiden an Depressionen, darunter viele Junge.



## Redensarten hinterfragt

# Gottes Blitz soll dich treffen!

„Pötzblitz!“ – mit diesem Schimpfwort machten die Menschen im Mittelalter ihrem Ärger Luft. Um dabei keine Blasphemie zu begehen, verhüllte der erste Teil dieses Fluches den Namen des Herrn. Denn eigentlich gemeint war: „Gottes Blitz soll dich treffen!“

Wenn der Begriff „Pötzblitz“ heute überhaupt noch Verwendung findet, dann verbirgt sich dahinter meist weniger ein Fluch als vielmehr ein Ausruf des Erstaunens. Im Mittelalter allerdings war das anders. Der Glaube bestimmte damals den Alltag der Menschen in allen Bereichen. Sie waren selbst beim Schimpfen darauf bedacht, keine Gotteslästerung zu begehen. Schließlich warnt bereits das zweite Gebot davor, den Namen des Herrn zu missbrauchen. Und so setzte sich recht schnell die sogenannte Hüllformel „potz“ durch.



Fotos: Ivan Kurmyshov, Mix and Match Studio / Adobe Stock; Montage: SoVD

**Pötzblitz – eine ebenso erstaunliche wie einleuchtende Erklärung!**





## Mit spitzer Feder



## Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es ausschließlich online unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de) sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: [redaktion@sovde.de](mailto:redaktion@sovde.de), Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.